



Kanzlei-Newsletter Nr. 9 vom 19.09. 2011

Wir freuen uns, Ihnen unseren aktuellen Newsletter zukommen lassen zu können. Mit dem Newsletter informieren wir unsere Mandanten und weitere Interessenten regelmäßig über Rechtsfragen aus unserer Beratungspraxis für Einrichtungen aus dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungssektor sowie für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen.

Sollte sich Ihre E-Mail Anschrift geändert haben, wollen Sie den Newsletter abbestellen oder einem anderen Empfänger zukommen lassen, so erbitten wir eine kurze Nachricht an rueter@hohage-may.de. Ältere Newsletter finden sie unter: www.hohage-may.de.

→ Steuerpflichtig oder steuerfrei? Geldleistungen für Betreuung, Pflege und Erziehung von Kindern und Jugendlichen nach dem SGB VIII

Das BMF hat in einem [Schreiben vom 21. April 2011 \(Az.: IV C 3-S-2342/07/001:126\)](#) Stellung genommen zur unterschiedlichen einkommenssteuerlichen Behandlungen der Leistungen für Kinder in Vollzeitpflege, die Erziehung in einer Tagesgruppe, für die Heimerziehung und für die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung. Dabei liegen entweder steuerfreie Beihilfen im Sinne des § 3 Nr. 11 EStG vor oder aber steuerpflichtige Einnahmen im Rahmen erwerbsmäßiger Tätigkeit. Für die nach den Vorschriften des SGB VIII vorgesehenen verschiedenen Betreuungs- und Vergütungsmöglichkeiten werden in dem erwähnten BMF-Schreiben Feststellungen zur Steuerpflicht der erzielten Einnahmen getroffen.

Fritz Rasche-Mader

→ **BAG erleichtert sachgrundlose Befristung trotz vorheriger Beschäftigung**

Das Bundesarbeitsgericht hat seine Rechtsprechung zur sachgrundlosen Befristung entscheidend geändert ([06.04.2011, 7 AZR 716/09](#)). Nach § 14 Abs. 2 Satz 1 TzBfG ist die Befristung eines Arbeitsvertrages ohne sachlichen Grund bis zur Dauer von 2 Jahren zulässig. Gem. § 14 Abs. 2 Satz 2 TzBfG gilt dies aber nicht, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat. Bisher ging die Rechtsprechung davon aus, dass jedes irgendwann in der Vergangenheit liegendes Arbeitsverhältnis mit demselben Arbeitgeber ein diese sachgrundlose Befristung hinderndes Ereignis sei. Diese Auslegung hatte zur Folge, dass auch viele Jahre zurückliegende Beschäftigungsverhältnisse mit Arbeitnehmern, als zuvor bestehende Vorbeschäftigung zu berücksichtigen waren und eine sachgrundlose Befristung verhinderten. Nunmehr können Arbeitgeber einen sachgrundlosen befristeten Arbeitsvertrag gem. § 14 Abs. 2 Satz 1 TzBfG auch mit einem Mitarbeiter vereinbaren, der früher schon einmal dort beschäftigt war; vorausgesetzt, das frühere Arbeitsverhältnis liegt mindestens 3 Jahre zurück. Dies erweitert die Möglichkeit von Befristungen ohne Sachgrund deutlich, erleichtert die entsprechende Überprüfung vergangener Beschäftigungsverhältnisse und verhindert so manche „böse Überraschung“.

Timo Prieß

→ **Bundesfinanzhof kippt Rechtsprechung zu Gutscheinen**

Nach bisheriger Rechtsprechung war ein Gutschein meist Barlohn und damit lohnsteuerpflichtig, wenn ein Wert auf dem Gutschein angegeben war. Der [BFH hat nun in mehreren Urteilen \(Urteile vom 11. November 2010: VI R 21/09\)](#) entschieden, dass ein bis zu € 44 steuerfreier Sachbezug dann vorliegt, wenn der Arbeitnehmer lediglich die Sache, die auf dem Gutschein versprochen wird, beanspruchen kann. Kann stattdessen auch die Auszahlung des Geldbetrages gewählt werden, liegt dagegen immer steuerpflichtiger Barlohn vor. Es bleibt abzuwarten, wie die Finanzverwaltung auf die Urteile reagieren wird.

Fritz Rasche-Mader

→ **Ausstellung von Spendenbescheinigungen**

Das BMF regelt die Verwendung der verbindlichen Muster für Zuwendungsbestätigungen neu. Details zur Verwendung der verbindlichen Muster für Zuwendungsbestätigungen nach dem BMF-Schreiben vom 13. Dezember 2007 - IV C 4 S 2223/07/0015, DOK 2007/0582656 - (BStBl I 2008 Seite 4) kann man nun in einem aktuellen [Ergänzungsschreiben \(BMF-Schreiben vom 4. Mai 2011\)](#) nachlesen. Die dort gemachten Vorgaben sind für die Richtigkeit der ausgestellten Zuwendungsbestätigungen zwingend zu beachten!

Fritz Rasche-Mader

→ **Weniger Sozialhilfe für Menschen mit Behinderung durch neu eingeführte Regelbedarfsstufe 3**

Mit dem Ende März 2011 rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen wurde die sog. Regelbedarfsstufe 3 eingeführt. Dies bedeutet für volljährige Menschen mit Behinderung, die im Haushalt ihrer Eltern oder sonstiger Angehöriger wohnen und Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII beziehen, eine erhebliche Leistungskürzung gegenüber der alten Rechtslage.

Die umstrittene Neuregelung wird derzeit vom Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat überprüft.

Um sich ggf. eine Nachzahlung zu sichern, ist Betroffenen zu raten, gegen die neuen Bescheide Widerspruch einzulegen. Das Widerspruchsverfahren kann ruhend gestellt werden, bis die Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3 abgeschlossen ist.

Raimund Blattmann

→ **Häusliche Krankenpflege in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe, BSG, 9.6.2011, B 8 SO 16/09 R**

Die von vielen erwartete Grundsatzentscheidung des BSG muss noch warten. Die Sache wurde vertagt, weil aufgrund einer Funktionsnachfolge des Landes Niedersachsen für den beklagten Landkreis ein Beteiligtenwechsel eingetreten ist; die neue Verordnung, welche diese Heranziehung des Landkreises für die Leistungserbringung inhaltlich fortschreibt und zum 01.01.2011 rückwirkend in Kraft treten soll, war zum Zeitpunkt des Termins noch nicht verkündet, was mittlerweile aber geschehen ist.

Streitig sind in diesem - von hier aus - geführten Verfahren die Kosten der Blasenkatheterisierung als Behandlungspflege bzw. häusliche Krankenpflege in einem Wohnheim der Behindertenhilfe. Sowohl die Krankenkasse als auch der Sozialhilfeträger haben die Kostenübernahme verweigert. Aufgrund eines Eilverfahrens hatte sich der Sozialhilfeträger bereit erklärt, die Kosten unter dem Vorbehalt der Rückforderung vorläufig zu übernehmen. Krankenkasse und Sozialhilfeträger verneinen ihre Leistungspflicht und verweisen insoweit auf den Wohnheimträger. Das BSG wies in der Erörterung darauf hin, dass ab 01.04.2007 eine Leistungspflicht der Krankenkasse in Betracht komme; der Sozialhilfeträger dadurch aber nicht ohne Weiteres entlastet würde, denn er bliebe nachrangig verpflichtet, soweit Leistungen nach dem SGB V durch die Krankenkasse nicht erbracht werden. Erörtert wurde zudem eine etwaige Leistungspflicht des Wohnheimträgers zur Katheterisierung. Gleichwohl käme eine Pflicht zur Erbringung ergänzender ambulanter Leistung durch den Sozialhilfeträger in Betracht, wenn die notwendigen Behandlungspflegeleistungen tatsächlich nicht erbracht würden (Systemversagen). Zwischenzeitlich ist die o. g. Verordnung wieder in Kraft gesetzt worden, so dass der Rechtsstreit fortgeführt wird. Ein neuer Termin ist noch nicht bekannt.

Rechtsanwalt Timo Prieß

→ **In eigener Sache**

Noch in diesem Herbst soll das neue Mediationsgesetz verabschiedet werden. Parallel kommt dieser Form der selbstgestalteten Konfliktlösung - neben der durch die Gerichte - in der Rechtspflege in Deutschland immer größere Bedeutung zu. Rechtsanwalt **Thomas Rüter** hat jetzt die Ausbildung zum **Mediator** abgeschlossen und wird diesen wichtigen Bereich zukünftig mit anbieten.

Hamburg



RA Stephan May
040 41 46 01-14
may@hohage-may.de



RA Timo Prieß
040 41 46 01-17
priess@hohage-may.de



StB Fritz Rasche-Mader
040 41 46 01-13
rasche-mader@hohage-may.de



RA Reinhold Hohage
040 41 46 01-16
hohage@hohage-may.de

Hannover



RA Thomas Rüter
0511 89 88 14-12,
rueter@hohage-may.de

München



RA Raimund Blattmann
089 18 90 47-0
blattmann@hohage-may.de